

Gründungsmoment, amtlich. Unter Geschäfts-Verwaltung: ...



Interessen- und Abonnements-Veränderung in Groß-Berlin: ...

Berliner Tageblatt

Nr. 475 (Ausgabe für Berlin)

und Handels-Zeitung

Freitag, 20. Oktober 1922

51. Jahrgang

Sturz des Kabinetts Lloyd George.

Bonar Law übernimmt die Neubildung der Regierung

Die Krise.

Saag, 19. Oktober. (Priv.-Telegr.)

Das Kabinet Lloyd George ist zurückgetreten. Mit 186 gegen 87 Stimmen ist von der Verammlung unionistischer Parlamentsmitglieder ein Antrag angenommen worden, in dem die Forderung gestellt wird, bei den Neuwahlen, die möglichst bald stattfinden sollen, als unabhängige konservative Partei aufzutreten; es heißt in dem Antrage, die konservative Partei sei zwar bereit, mit den Koalitionsliberalen zusammenzuwirken, wolle aber mit eigenen Führern und mit einem eigenen Programm in den Wahlkampf gehen. Das Kabinet beschloß, nachdem Lloyd George sich mit dem König besprochen hatte, sofort zurückzutreten, und der König hat Lloyd Georges Rücktrittsangebot genehmigt.

Spät abends meldet Reuters, es verlautet, daß Bonar Law den Auftrag zur Kabinettsbildung angenommen habe.

J. S. Lloyd George, und wie es sich von selbst versteht, mit ihm das ganze britische Kabinet, ist zurückgetreten. Damit ist eine politische Krise eröffnet, die nicht allein den englischen Wähler und den englischen Steuerzahler, die vielmehr die ganze Welt angeht. Denn Englands Einfluß hat mehr und mehr durch Frankreichs wachsende Macht beschränkt, der Stärke Regier. in dem internationalen Geschehen. Wer dort regiert, welche Männer und welche Parteigruppierungen, welche Parlamentsmehrheit ihnen die Grundrichtung ihrer Beschließungen vorgibt, das muß man an allen Enden der Welt zu spüren bekommen. Aus diesen Gesichtspunkten heraus erklärt sich auch das gespannte Interesse, mit dem das Berufstisch dieser Krise, der Streit um die Person Lloyd Georges in allen Ländern, innerhalb und außerhalb der Entente verfolgt worden ist. Auf Lloyd George konzentrierte sich die allgemeine Aufmerksamkeit, nicht nur, weil er trotz aller Fehler eine Persönlichkeit von großem und eigenem Schicksal, sondern auch, weil er der englische Premierminister ist, der — bis heute — die Fäden eines Weltretzes in Händen hält.

Um ist er, tatsächlich vorher als auch seine Feinde wohl angenommen hatten, geblieben. Es ist ein regelrechter Ministersturz. Nur geschah er nicht, wie es sonst wohl üblich, durch ein Votum der Parlamentsmehrheit, sondern durch einen Parteibeschluß, durch den Abfall eines wichtigen Teils seiner parlamentarischen Anhänger, die von der ihm übergebenen Mission, die Koalitionsmehrheit, die England regierte, hat seit dem gestrigen Tage zu bestehen aufgehört. Darum ist ging, Lloyd George hatte alle Hebel in Bewegung gesetzt, auf den konservativen Flügel, der ihm fehdig angefaßt hatte, beruhigend und beherrschend einzuwirken. Ehe er seine große Rede in Manchester hielt, schickte er Chamberlain, den Führer der Unionisten, im Parlament vor, der mit treuem Eifer und Einfluß seiner eigenen Ministerkollegen, die Erhaltung der Koalition eintrat. In seiner eigenen Rede verteidigte er gegenüber der feindseligen Konferenz, nicht ohne die schärfsten Pfeile seines Sarkasmus nach der liberalen Seite hin. Asquith, Gren, Gladstone waren die, die am schärfsten wegtamen. Er hatte falsch gerechnet, Der Koalition, die schon im Absterben war, vermochte er kein neues Leben einzubringen. Jetzt ist sie tot. Die Krise ist eine Krise aus logische Folge der innerpolitischen Entwicklung der letzten Jahre. Wohl wird man Stimmen hören (aus Paris klingt schon in diesem Tone), die sagen: „Kamal hat Lloyd George gestürzt, also hat Poincaré ihn gestürzt, und in dem nächsten Duell, das sich bei Poincarés Ministerkabinett zwischen dem beiden Regierungshäuptern abspielen, hat der Franzose gegiegt.“ Aber das ist eine arge Hebertreibung. Das Mißgeschick, das der englische Premierminister mit seiner Orientpolitik erlitt, und das, wie man später sehen mag, wohl doch etwas übertrieben worden ist, brachte nur den Entschluß seiner Gegner, die Parteiliche zu eröffnen, zur Welt. Ein allfälliger Agitationsstoff konnte sich ihnen nicht bieten. Aber Tatsache ist doch, daß die Koalition an Altersschwäche gestorben und Lloyd George das Opfer seiner vergeblichen Bemühungen geworden ist, sie über das natürliche Maß hinaus am Leben zu erhalten. Das Zweiparteiensystem englischen Verfassung viel zu sehr im Werte, als daß nicht eine Rückkehr zu ihm das Naturgemäße wäre. Aber das, und seine einseitige Partei die Mehrheit erlangen kann, der Weg zu einer Koalition bildet selbstverständlich, das das Verwandte und nicht wie die jetzige, das Entgegengesetzte eint. Freunde an dieser Koalition hatte eigentlich niemand mehr, die Unionisten so wenig, als die Koalitionsliberalen. Das überraschende Ergebnis in der gestrigen Verammlung der Unionisten, in der 186 gegen 87 Stimmen sich für selbständiges Eintreten in den Wahlkampf entschieden, zeigte auch, daß nicht nur der rechtsradikale Flügel, die Die-Hards, die Lloyd George vor allem wegen seiner irrischen Politik und wegen zu geringer Nachgiebigkeit gegen Frankreich großen, den Ruf nach einer neuen Aera erhoben haben. Bei seinem Verhalten gegenüber dem französischen Alliierten hat Lloyd George gerade in den jüngsten Tagen die Unterstützung Bonar Law's gehabt, der in seinem bekannnten Times-Artikel erste Warnungen nach Paris richtete und mit der Selbstisolierung Englands nach amerikanischem Muster drohte. Aber auf der gestrigen Verammlung ist Bonar Law, dessen Haltung ein großes Fragezeichen gewesen war, offenbar auf die Seite der Gegner des Premierministers getreten. Vielleicht unter dem Einflusse der letzten Wahl in Newport-Monmouth, die den Konservativen

Der Verlauf der entscheidenden Unionisten-Konferenz.

Das Auftreten Bonar Laws gegen Lloyd George. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Saag, 19. Oktober.

Die entscheidende Versammlung der Unionisten verlief sehr erregt. Chamberlain und Lord Birkenhead bild von einem Teil der Versammlung verhöhnt worden. Es herrschte allgemein sehr große Verstimmung gegen diese beiden Anhänger der Koalition. Lord Balfour dagegen wurde höchst begrüßt. Den größten Erfolg hatte jedoch Bonar Law, der für vollkommene Unabhängigkeit der Partei eintrat, allerdings, er beachtete keineswegs, Lloyd George zu beleidigen, wie auch nicht behaupten, daß jede Zusammenarbeit in der Zukunft unmöglich sei, oder in diesem Augenblick die eine vollkommen zur Wiederherstellung der Koalition absolut notwendig zur Wiederherstellung der Koalition. Sodann fand die Abstimmung statt. Nach Schluß der Versammlung hoben sich Chamberlain und seine Freunde sofort nach Downingstreet 10. In der dort abgehaltenen Konferenz mit Lloyd George wurde der Beschluß gefaßt, daß das ganze Kabinet zurücktreten solle. Der König ist sofort von seinem Landgut im Norden nach London zurückgekehrt.

Za Bonar Law einen so großen Einfluß auf die Entscheidung im Carlton Club ausgeübt hat, ist es wahrscheinlich, daß er für einige Zeit als Premierminister auftreten wird, bis ein neues Kabinet gewählt ist. Nebenfalls wird das Land während einer kurzen Zeit von einer rein unionistischen Koalition regiert werden. Was nach den Neuwahlen kommt, läßt sich noch nicht voraussagen.

Die unerwartet große Majorität der Gegner der Koalition bei der unionistischen Verammlung ist wahrscheinlich zu einem bedeutenden Teil auf das Ergebnis der Neuwahlen in Newport zurückzuführen. Der antikoalitionistische Kandidat Clergh hat dort mit einer großen Mehrheit den Sieg davongetragen, während jedermann auch die Unionisten selbst, erwarteten hatten, daß ein Arbeiterkandidat gewählt werden würde. Man warf dazu sagen, daß dieser britische Erfolg anderen Faktoren zuzuschreiben ist, als dem Widerstand gegen die Koalition im Lande und dem Bedürfnis nach einer rein konservativen Regierung. Während des Wahlkampfes hat zum Beispiel die Frage des freien Alkoholverkaufs am Sonntag eine große Rolle gespielt. Clergh ist im Falle der Freigabe die durch das Gesetz über die Sonntagsruhe in Wales, das auch für die Grafschaft Monmouth galt, aufgehoben worden. Damit scherte er sich die Unterstützung von allen Bauern, Fabrikarbeitern, Arbeiterhäusern usw. Clergh war übrigens eine populäre Persönlichkeit in Newport, während der Arbeiterkandidat von Clergh, der Konfessionslose, und des Konfessionslosen von Newport, nicht so beliebt ist. Alles dies wird die Unionisten nicht daran hindern, den Newport-Sieg als Beispiel eines unionistischen Triumphes bei den allgemeinen Neuwahlen zu betrachten. Wie, bis jetzt noch nicht klar waren, welchen Standpunkt sie einnehmen sollten, haben sich hierdurch beeinflussen lassen.

Der freisinnige Partei die Rede Bonar Law's gewesen, der als Parteimitglied gesprochen hat, das Parteinteresses an der Verhinderung einer Einheitsfront müßte allen anderen Interessen vorangehen. Chamberlain betonte am vorigen Freitag dagegen das Interesse des Landes. Chamberlain war übrigens der Ansicht, daß sich bereits vereinigen lasse und hatte dazu, wie die heutigen Abendblätter mitteilen,

eine Vereinbarung mit Lloyd George getroffen, nachdem das Parlament unmittelbar aufgelöst worden und am 11. November (dem Wahlentstehungs) Neuwahlen stattfinden sollten. Die beiden Parteien sollten dann jede für sich kämpfen, sich aber verpflichten, sich nicht gegenseitig zu bekämpfen in den Orten, wo eine der beiden Parteien eines Sieges ziemlich sicher sei und das Auftreten der anderen Partei nur den Arbeiten und unabhängigen Liberalen zum Vorteil gereichen würde. Diese Vereinbarung haben die Unionisten dann wieder aufgehoben. Bereits gefahren hat die Parteiverwaltung unter Vorsteh Sir George Youngers den Entschluß gefaßt, die heutige Entscheidung im Carlton Club keinesfalls als für die Parteibindenden anzusehen, denn die Parteimitglieder hätten nicht das Recht, über die Zukunft der Partei zu verfügen, umso mehr, als ungefähr ein hundert unionistische Parteimitglieder bereit gewesen hätten, daß sie bei den Neuwahlen keine Rolle mehr zu spielen wünschten. Durch diesen Beschluß drohte nun ein sehr ernster Konflikt zwischen der Parteioberleitung und der Parteimitgliedergruppe. Wenn Chamberlain eine Mehrheit erreicht hätte, wäre ohne Zweifel ein Miß in der Partei entstanden. Dem zuvorzukommen, ist Bonar Law gelungen. Die Koalition ist endgültig zusammengebrochen, aber die Einheit der Partei ist gerettet. Denn man kann wohl annehmen, daß die Mehrheit der Unionisten, die heute noch für Chamberlain war, sich nun mit einem festen Beschluß abfinden wird.

Eine Frage ist, was Chamberlain selbst tun wird. Wird er dem Beispiel seines Vaters folgen? Dieser verließ nämlich die liberale Partei, um sich den Konservativen anzuschließen, in einer gerade so ersten inneren Krise, wie sie England jetzt durchmacht. Wird auch der Sohn die Unionisten verlassen und sich mit den Nationalliberalen Lloyd Georges vereinigen? Und Lloyd George selbst? Jetzt ist der Augenblick für ihn gekommen, sein Volk von neuem zu erobern. Wird er nun die große Energie haben, wie in der Zeit seiner großartigen Finanzreformen vor dem Kriege, dieselbe Energie, die auch während des Krieges eine so große Rolle spielte?

Die nächsten außenpolitischen Folgen.

Verzögerung in den Erörterungen über die Reparationsfrage. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Saag, 19. Oktober.

Die bevorstehenden Neuwahlen sind nicht ohne Bedeutung für die außenpolitische Lage Englands, und so wird sich nicht ohne Verzögerung in der Behandlung der Wiedergutmachungsprobleme aus der unklaren Lage, in der sich England jetzt befindet, ergeben. Auch andere Nachrichten weisen darauf hin, daß von einem baldigen Zusammentritt der Brücker Konferenz wohl kaum die Rede sein kann. Die Brücker Konferenz des Jahres Rotterdamische Konferenz" enthält aus vorigen offiziellen Kreisen, daß im Augenblick keine Rede davon sein könne, eine interalliierte Konferenz in Brüssel zusammenzuführen. Erst wenn die Wiedergutmachungskommission den Voranschlag Braburds behandelt habe, werde es möglich sein, das Programm der Konferenz aufzustellen und die Vertreter der alliierten Länder zusammenzuführen. Dieses Programm müßte die Erörterung der von Deutschland zu leistenden Zahlungen vorsehen, ebenso die einer internationalen Anleihe und schließlich auch das Problem der interalliierten Schulden. Punkt zwei und drei dieses Programms machten eine Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz unermesslich. Auch für die Orient-Friedenskonferenz ist die Parlaamentarstellung in England nicht ohne Bedeutung. Die Friedenskonferenz werde wohl nicht so bald stattfinden, wie ursprünglich angenommen wurde.